

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner Nachrichten
Verleger: Carl Neubauer
Redaktion: Dresdner Nachrichten
Verlag: Leipzig & Neudamm

Druck u. Verlag: Leipzig & Neudamm
Verleger: Carl Neubauer
Redaktion: Dresdner Nachrichten
Verlag: Leipzig & Neudamm

Druck u. Verlag: Leipzig & Neudamm
Verleger: Carl Neubauer
Redaktion: Dresdner Nachrichten
Verlag: Leipzig & Neudamm

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Anhaltbares Urteil im Brünner Prozeß

Ein Schlag gegen das Sudetendeutschtum

Brünn, 24. Sept. Um 9,15 Uhr wurde im Schwurgerichtssaal des Brünner Kreisgerichts das von der gesamten sudetendeutschen Bevölkerung mit großer Spannung erwartete Urteil im Brünner Hochverratsprozeß gefällt. Das Urteil lautet: Die sieben Angeklagten sind schuldig, sich seit den drei Jahren 1930, 1931 und 1932 in einigen Orten der tschechischen Republik zu Anschlägen auf diese vereinigt zu haben und zu demselben Zwecke in unmittelbare und mittelbare Verbindung mit fremden Faktoren getreten zu sein. Sie haben zu demselben Zweck bewaffnete Kräfte gesammelt, organisiert und ausgebildet, wodurch sie sich des Verbrechens des § 2 des Schutzgesetzes strafbar machten. Sie sind deshalb gemäß diesem Paragraphen verurteilt worden, und zwar Dr. Alexander Petexmichel zu 18 Monaten, Ingenieur Galder zu 8 Jahren, Valide zu 15 Monaten, Dounhäuser zu 2 Jahren, Schwab zu 1 Jahr, Jilka und Rehner zu je 8 Jahren Gefängnis und zu weiteren Geldstrafen, sowie zu dem Verlust aller bürgerlichen Ehrenrechte. Die Untersuchungsbehörden sind angeteilt.

hin ausgegangen wären. In harmlosen Sportvereinen gar witterte man „die Sammlung bewaffneter Kräfte“. Trotzdem ein Punkt der Anklage nach dem anderen widerlegt wurde, stand von vornherein fest, daß eine Verurteilung erfolgen würde, denn man wollte mit dem Prozeß einen Schlag gegen den sudetendeutschen Nationalsozialismus überhaupt führen. Es wurde aber ein Schlag ins Wasser, denn die Verhandlung ergab eindeutig die Unschuld der Angeklagten. Im Interesse des Ansehens des tschechischen Staates dürfte es daher liegen, eine Wiederaufnahme herbeizuführen, die dieses unumgängliche Urteil revidiert.

Werkspionage bei der AEG.

Berlin, 24. Sept. Die Kriminalpolizei nahm am Donnerstag den 21. September, seit vier Jahren bei der AEG tätigen Betriebsingenieur S. und einen Tag später den 62 Jahre alten Vertreter einer Farben- und Lackfabrik, Dr. Max H., nach langwierigen Ermittlungen wegen Werkspionage zugunsten ausländischer Firmen fest. Der Ingenieur hatte von dem Farben- und Lackvertreter jahrelang Schmiergeld für durch ihn vermittelte Aufträge in Höhe von drei Prozent der jeweiligen Rechnungsbeträge entgegengenommen. Dadurch hatte er sich dem Mann vollständig ausgeliefert, so daß er sich ihm, als dieser vor einigen Monaten an ihn mit dem Wunsch herantrat, ihm die technischen Pläne einer wichtigen neu konstruierten Maschine auszuliefern, gefügig zeigen mußte. Bevor jedoch der Vertreter die Konstruktionspläne ins Ausland verkaufen konnte, gelang es der Kriminalpolizei, im letzten Augenblick zuzugreifen und den Verkauf zu verhindern. Der Ingenieur und sein Komplize werden sich auf Grund der Notverordnung vom 9. März d. J. die verschärfte Strafbestimmung für den Verrat von Betriebsgeheimnissen vorsetzen, zu verantworten haben.

Anabweisbare Folgerung

Noch ist der Wahlkampf kaum zu spüren. Innerpolitisch herrscht in der abgelaufenen Woche sogar eine bemerkenswerte Stille. Aber wir wissen leider nur zu gut, es ist die Ruhe vor dem Sturm. Denn es ist eine alte Erfahrungstatsache, wenn den Parteien wenig Geld und Zeit zur Vorbereitung und Durchführung des Wahlkampfes zur Verfügung steht, dann versuchen sie ihr Ziel, neue Wähler zu gewinnen, durch um so größere Leidenschaftlichkeit und Ueberheißung der Agitation zu erreichen. In dieser Hinsicht scheinen die Sozialdemokraten gewillt zu sein, eine Gipfelleistung zu erreichen. Man braucht nur die ersten Wahlreden ihrer Führer zu lesen, um zu ahnen, was uns von Seiten des Marxismus in den nächsten sechs Wochen bevorsteht. Man ist dort verrotzt, denn die Zeit der Opposition, die sich bisher stets als der Jungbrunnen der Partei erwies, hat diesmal sogar die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder um 30.000 vermindert. Vorüber sind die Zeiten, in denen man die Wählerverluste, die mit größter Regelmäßigkeit jeweils nach den Wahlen dem Marxismus wieder zur Macht verholten hat. So stehen wir heute vor der Tatsache, daß die Sozialdemokratie selbst dort, wo sie, wie in Sachsen, seit Jahren von der Macht ausgeschlossen ist und sich deshalb in ihrer Agitation auch keinerlei Hemmungen aufzuerlegen braucht, in einem langsamen, aber stetigen Rückgang ist. Die linksradikalen Elemente schwimmen zur SPD, ab, die den sozialdemokratischen Agitatoren ja an Radikalismus als linke Flügelpartei naturgemäß überlegen sein muß. Das entscheidende Verdict an den sozialdemokratischen Schwierigkeiten aber kommt von der nationalen Arbeiterbewegung. Sie ist es, die den Glauben breiter Massen an das marxistische Programm als schwerste erschüttert hat. Ihr ist es zu danken, wenn sich an der Sozialdemokratie die von ihr propagierte Erfüllungspolitik und unbedingte Unterwerfungsbereitschaft unter jedes ausländische Diktat nicht mehr zu rächen beginnt. Namentlich in den Millionen von Erwerbslosen, soweit sie nicht den Lockungen der Moskauer Fremdenlegion folgen, fehlt sich die Erkenntnis mit Macht durch, daß sie letzten Endes die Opfer einer Rente sind, die ihre Ursache in der Erfüllungspolitik hat. Wenn heute selbst die sozialdemokratischen Führer ihre Erbittertheit betonen, dann weiß der misstrauisch gewordene Wähler, daß dies ebenso wie die Betonung nationaler Betonung ein unfreiwilliges Lippenbekenntnis unter dem Druck der nationalsozialistischen Bewegung ist.

Appell an Sachsens Unternehmertum

Der Verband Sächsischer Industrieller begrüßt das Dapen-Programm

Dresden, 24. Sept. Der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller hat in seiner Sitzung vom 23. September nach eingehender Aussprache über die Notverordnung der Reichsregierung und ihr wirtschaftspolitisches Programm die folgende Entschliessung einstimmig gefaßt: Seit den Jahren des Zusammenbruchs hat der Verband Sächsischer Industrieller Regierungen und Parlamente eindringlich davor gewarnt, das Werk des wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbaus durch die Verwirklichung sozialistischer und kollektivistischer Gedankengänge zu gefährden. Raum ein Land hat unter der Nichtachtung dieser Forderungen so schwer durch den Zusammenbruch seiner Wirtschaft und die Verelendung seiner Bevölkerung gelitten, wie das sächsische Industriegebiet. Die sächsische Industrie begrüßt es deshalb besonders lebhaft, daß das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung, mit der bisherigen Methode der Verhandlungen und Verhandlungen brechend, den Versuch macht, das Steuer grundsätzlich herumzuwerfen, um den Weg zum Wiederaufbau durch die Entlastung privater Initiative freizumachen. Sie sieht den Beginn einer umfassenden, auf Verminderung der Arbeitslosigkeit gerichteten Wirtschaftspolitik dadurch als gegeben, daß das Programm im Gegensatz zur Politik früherer Regierungen unter Ablehnung von Eingriffen in die Sphäre der Privatwirtschaft die Notwendigkeit einer Lockerung der zahlreichen Bindungen und Belastungen, die den wirtschaftlichen Niedergang verursacht haben, anerkennt und ernste Schritte zu ihrer Beseitigung einleitet. Wenn auch die Maßnahmen der Reichsregierung in einzelnen Punkten nicht ohne Bedenken zu betrachten sind, insbesondere vom sächsischen Standpunkt aus die Konzentrierung der Maßnahmen als besonders gefährlich anzusehen sind, so wäre es doch verhängnisvoll, wenn vor lauter Bedenken der Wille zum Handeln erlahmte. Die sächsische Industrie lehnt es ab, den großartigen von Amt und Verantwortungsbewußtheit angehenden Plan durch eine negative Kritik entwerten zu lassen. Sie wendet sich insbesondere auch dagegen, daß ein autoritärer Parlamentarismus, der nach seinem Verlangen in all den vergangenen Jahren das moralische Recht auf die Führung unserer politischen und wirtschaftlichen Kurse vertritt hat, durch Entseffung der partei-

politischen Leidenschaften den Erfolg des grundsätzlichen Kurswechsels gefährdet. Ruhe und Vertrauen sind mehr denn je notwendig, wenn der Versuch der Wiederaufrichtung unserer Volkswirtschaft von Erfolg sein soll. Und wenn auch der Gedanke, die Verantwortung für den Plan der Reichsregierung dem nach Möglichkeit Mikrowirtschaft in seiner Existenz aus schwerer erfüllter Unternehmung aufzunehmen, entschieden abzulehnen ist, so ist dieses doch in erster Linie mit dem Verstand der Wirtschaftstätigen zu arbeiten an den Absichten der Reichsregierung die Grundfragen für die innere Verbindung und wirtschaftliche Konsolidierung zu schaffen. Wir richten deshalb an das sächsische Unternehmertum den Appell, auch fernerhin durch positive Einstellung zur Notverordnung und praktische Maßnahmen in den Betrieben mit Hand anzulegen, um das auf Verminderung der Arbeitslosigkeit abzielende Programm der Reichsregierung zu einem Erfolg zu führen.

Preussischer Staatsrat am Donnerstag

Berlin, 24. Sept. Der preussische Staatsrat ist am Donnerstag nachher Woche einberufen worden. Auf der Tagesordnung der Vollversammlung steht die Stellungnahme zu dem vom Landtag gefaßten Beschluß, am 6. November gleichzeitig mit der Reichstagswahl die Neuwahl der Gemeindevertretungen stattfinden zu lassen. Am Tage vorher treten der Verfassungskommission und Gemeindevorstand des Staatsrats zu einer gemeinsamen Sitzung sowie auch die Fraktionen zwecks Stellungnahme zu der Vorlage zusammen. In parlamentarischen Kreisen wird nach wie vor damit gerechnet, daß eine Mehrheit des Staatsrats gegen den Landtagsbeschluß Einspruch einlegt.

Der Schiedsspruch im Ruhrbergbau

Essen, 24. Sept. In dem Lohnstreit im Ruhrbergbau fällt der Schlichter, Prof. Dr. Brunn, einen Schiedsspruch, wonach der Lohnsatz unverändert auf vier Monate verlängert wird. Das Mehrarbeitszeitabkommen wird lediglich mit einigen redaktionellen Änderungen in den Rahmen der Randbedingungen des Abkommens gültig abgenommen. Der Lohnsatz ist erstmalig am 1. Februar 1933 zum 1. April 1933 kündbar.

Sieht man der sozialdemokratischen Agitation etwas genauer zu, dann merkt man, daß die Parolen für diesen Wahlkampf sich von denen der Jahre 1918 und 1919 nicht unterscheiden. Sozialisierung und Errichtung des marxistischen Zukunftsstaates, das ist alles. Derr Höhe hat dies in seiner beabsichtigten Reichstagsrede, die durch die Agitation verändert worden und deshalb jetzt im Druck erschienen ist, unumwunden ausgesprochen. Ohne Rücksicht auf die selbstgeschlagenen Sozialisierungsversuche in der Zeit von der Revolution bis zum Ende der Inflation und in der darauffolgenden Epoche der Auslandsanklagen, die das Wirtschaftselend in Deutschland bis zu seinem heutigen Grade gesteigert haben, fordert er erneut die Sozialisierung aller bedeutenden Industriezweige, namentlich von Kohle, Eisen, Stahl, Zement und Chemie. Ihn und seine Partei kümmert nicht die Erfahrungstatsache, daß ein großer Teil der bisher sozialisierten Betriebe nicht nur als Steuerträger auf die private Wirtschaft durch immer drückender werdende Steuerleistungen aufzukommen hatte. Die Arbeitslosigkeit ist zu einem großen Teil durch diese Ueberlastung der Privatwirtschaft mitverschuldet. Unterklagen wird auch im Kommentar zu diesen Forderungen die eigene bessere Einsicht der sozialdemokratischen Führer in den Jahren nach der Revolution, die schließlich zu bekennen gezwungen waren, daß man die daniederliegende Wirtschaft nur durch private Unternehmerrinitiative wieder aufbauen könne. Diese Einsicht der sozialdemokratischen Führer von damals ist heute noch unwiderrücklicher Weimarer Systems richtiger marxistischem Einfluß stehenden Weimarer Systems geblieben. Die sozialdemokratischen Führer fordern heute gemäß der Parole Pöbel in der bildhaftesten Sprache der Volkstribunen eine „wichtige Umgestaltung der Fundamente und der Architektur unseres ganzen wirtschaftlichen Gebäudes“. Daß ein solcher Umbau führen müßte, dürfte wenigstens den Erfahrenen unter ihnen so gut bekannt sein wie uns. Oder sollten sie ihre eigenen Erkenntnisse von 1919